



Fair, sicher und gerecht

17/46

Grüne Politik stärkt Arbeitnehmerrechte

Uns geht's ums Ganze.
www.gruene-bundestag.de

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION



Sozial ist, was gute Arbeit schafft

Arbeit bestimmt grundlegend unser Leben. Sie soll soziale Sicherheit und Lebensplanung gewährleisten, gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung sichern. Arbeit hat ihren Wert und muss angemessen entlohnt werden. Eingelöst wird dieser Anspruch aber nur durch „gute Arbeit“. Die grüne Bundestagsfraktion legt daher einen Schwerpunkt ihrer Politik auf die Stärkung der Arbeitnehmerrechte und unterstützt darin auch die Gewerkschaften.

Ein Blick auf die Wirklichkeit zeigt, wie nötig das ist. Die Erwerbsarbeit hat sich gewandelt – für viele zum Schlechteren: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kämpfen mit niedrigen Löhnen, miserablen Arbeitsbedingungen und steigender Unsicherheit. Zunehmender Leistungsdruck und Angst um den Arbeitsplatz belasten die Menschen und mindern ihre Lebensqualität. Die Spaltung in prekär und regulär Beschäftigte trägt auch zur gesellschaftlichen Spaltung bei. Nur die Hälfte der Beschäftigten kann sich vorstellen, unter den jetzigen Arbeitsbedingungen bis zum Rentenalter zu arbeiten.

Für den Arbeitsmarkt der Zukunft sind deshalb gute Rahmenbedingungen unerlässlich. Wir setzen auf gerecht entlohnte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Prekäre Beschäftigung wollen wir zurückdrängen, zum Beispiel durch Mindestlöhne. „Gute Arbeit“ entsteht auch durch starke Arbeitnehmerrechte, eine funktionierende Tarifautonomie und durchsetzungsfähige Mitarbeitervertretungen, Betriebs- und Personalräte. Unter diesen Bedingungen können soziale Gerechtigkeit und Solidarität auch in unserer globalisierten Arbeitswelt bestehen.

Einer verantwortlichen Arbeitsmarktpolitik muss es darum gehen, die Lebens- und Arbeitswelt der Menschen zu verbessern. Echte Teilhabe und Zukunftschancen gibt es nur, wenn wir allen den Zugang zu Arbeit ermöglichen. Und damit auch einer Spaltung unserer Gesellschaft entgegenwirken. Im Fokus grüner Politik stehen daher gerecht entlohnte, sichere Arbeit und gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten.





*Koch und Küchenhilfe in Lübeck
bei der Arbeit.*

Arbeit hat ihren Wert

Tarifautonomie stärken – gerechte Löhne durchsetzen

Die Tarifautonomie ist für uns ein hohes Gut – und sie hat sich bewährt. Zur Bewältigung der Wirtschaftskrise hat entscheidend beigetragen, dass Gewerkschaften und Betriebsräte gemeinsam mit den Arbeitgebern verantwortliche Lösungen gefunden haben. Ein gewichtiger Grund mehr, die schleichende Erosion der deutschen Tariflandschaft anzuprangern.

Die Zahl der tarifgebundenen Betriebe ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Gerade einmal 1,5 Prozent der Tarifverträge sind für allgemeinverbindlich erklärt. Dieses Instrument der Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) eines Tarifvertrages, das für mehr Tarifbindung sorgen soll, ist damit praktisch bedeutungslos geworden. Unhaltbar ist auch die Situation in Branchen ganz ohne Sozialpartnerschaft. Weniger als zwei Drittel der Beschäftigten sind heute durch tarifliche Vereinbarungen geschützt. Mit unmittelbaren Konsequenzen für die Löhne: Der durchschnittliche Lohn ist inflationsbereinigt zwischen 2000 und 2009 nicht gestiegen, sondern um 4,5 Prozent gesunken.

Es ist offenkundig: Die Tarifautonomie funktioniert nicht mehr in allen Branchen. Sie muss nach unserer Überzeugung politisch gestärkt und gestützt werden. So soll eine Reform des Tarifvertragsgesetzes bewirken, dass Tarifverträge leichter für alle Betriebe einer Branche als verbindlich erklärt werden können. Darüber hinaus wollen wir das Arbeitnehmer-Entsendegesetz für alle Branchen öffnen, um bürokratische Hürden für Branchenmindestlöhne abzubauen. Ob solche branchenbezogenen Lohnuntergrenzen notwendig sind oder nicht, sollen – ganz im Sinne der Tarifautonomie – die Tarifpartner selbst entscheiden. Damit die Menschen von ihrer Arbeit leben können, fordern wir einen längst überfälligen gesetzlichen Mindestlohn als Lohnuntergrenze.

Zur Stärkung der Tarifautonomie brauchen wir soziale Leitplanken, damit die Löhne entsprechend der Produktivitätsentwicklung wieder steigen und der Trend zu Niedriglöhnen gestoppt wird. Damit können auch die tariftreuen Betriebe wettbewerbsfähig bleiben. Tarifflucht soll sich dagegen nicht mehr lohnen.

**gerechte Löhne
durchsetzen**

Arbeit muss Sicherheit schaffen

Leiharbeit reduzieren – Beschäftigung entfristen

Individuelle Familien- und Lebensplanung ist ohne berufliche Sicherheit nur schwer möglich. Diese Sicherheit bieten die sogenannten Normalarbeitsverhältnisse, sie verlieren aber an Bedeutung. Der Trend der Zeit geht hin zu mehr prekären und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, zu Leiharbeit, befristeter Beschäftigung, Minijobs und unfairen Praktika. In der Folge reichen Verunsicherung und Abstiegsängste bis tief in die Mitte der Gesellschaft hinein.

Besonders Leiharbeit bedroht die Rechte der Beschäftigten und die sozialen Errungenschaften vergangener Jahrzehnte. Die neu eingeführte Lohnuntergrenze in der Leiharbeit ist uns zu wenig. Wir fordern Equal Pay, also gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Die erhöhte Flexibilität, die den Leiharbeitskräften abverlangt wird, soll mit einem Bonus in Höhe von zehn Prozent vergütet werden. Leiharbeit kann als besonderes Instrument zur flexiblen Abfederung von Auftragsspitzen und zur Überbrückung personeller Engpässe sinnvoll sein. Sie darf aber nicht zum Nachteil der Beschäftigten oder zum Aufbau

von Randbelegschaften missbraucht werden. Die historisch erkämpften Rechte der Beschäftigten müssen auch in der Leiharbeit gelten.

Eine bedenkliche Entwicklung ist die Zunahme befristeter Arbeitsverträge. Viele Betriebe umgehen damit den Kündigungsschutz und übernehmen immer weniger Verantwortung für ihre Beschäftigten. Betriebe brauchen Flexibilität – aber nicht ausschließlich zulasten ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deshalb wollen wir Grüne die Befristung von Arbeitsverträgen auf ein erforderliches Maß begrenzen und insbesondere die sachgrundlose Befristung abschaffen. Viele Menschen wünschen sich nach wie vor sichere Zukunftsperspektiven, dieser berechtigte Wunsch darf nicht auf der Strecke bleiben.





*Eine Wertpapierbändlerin an
ihrem Arbeitsplatz im Handelssaal
der Börse Stuttgart.*

Foto: Ruffler/Caro

Frauen verdienen mehr

Frauen in Deutschland verdienen durchschnittlich 23 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Damit gehören wir zu den Ländern mit den größten Lohnunterschieden in Europa. Vor allem in den typischen Frauenberufen verdient frau unter Niveau. Sogar im selben Betrieb kommen Frauen bei gleichen Voraussetzungen schlechter weg. Das ist mehr als ungerecht, die grüne Bundestagsfraktion will das ändern.

Lohndiskriminierung von Frauen hat Methode. Unsere Gegenmittel sind Mindestlöhne, allgemeinverbindliche Tariflöhne und ein Entgelt-Check für „Frauenberufe“, um diskriminierende Entlohnung zu unterbinden. Grundsätzlich muss das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ umfassend durchgesetzt werden.

Über zwei Drittel der Minijobs sind mit Frauen besetzt, häufig zu niedrigen Löhnen. Leistungen wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder bezahlter Urlaub werden oft nicht gewährt. Wir halten die Minijobs für reformbedürftig und wollen sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verstärkt fördern.

Gute Arbeitsbedingungen für Jung und Alt

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen gesund durch das Erwerbsleben gehen und auch den Ruhestand noch genießen können. Dafür müssen sich die Arbeitsbedingungen deutlich verbessern: für ältere Beschäftigte *altersgerecht* und für die Jungen *alternsgerecht* ausgestaltet werden. Dass möglichst viele Menschen gesund das Rentenalter erreichen – dafür engagieren sich bislang nur wenige Betriebe. Das wollen wir ändern. Die im Arbeitsschutzgesetz geforderten Gefährdungsbeurteilungen sollen in den Betrieben tatsächlich durchgeführt werden, mit Blick auf den demografischen Wandel auch altersbezogen.

Immer mehr Menschen halten ihren Arbeitsbedingungen nicht stand. Zu hohe Arbeitsbelastung, Schicht- und Nachtarbeit oder die ständige Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren machen ihnen zu schaffen. Die Zahl psychisch Erkrankter nimmt zu. Doch beim Arbeitsschutz wird diese Entwicklung nicht ernst genug genommen. Deutschland reiht sich hier unter die Schlusslichter in Europa ein. Wir Grüne wollen diesem für die Beschäftigten wichtigen Thema die notwendige Aufmerksamkeit verschaffen.



Foto: U.Baalingarten/wortto images

Generationenübergreifendes Arbeiten in einem Metallverarbeitenden Betrieb in Bonn.

Mitbestimmungsrechte wahren und ausbauen

Das Recht auf Mitbestimmung steht allen Arbeitnehmern zu. Dieses über Jahrzehnte gewachsene Recht, sich an betrieblichen Entscheidungen zu beteiligen, wollen wir bewahren und ausbauen. So soll beispielsweise die Zahl der Leiharbeitskräfte bei der Größe eines Betriebsrates im Einsatzbetrieb mit angerechnet werden. Angriffe auf den Kündigungsschutz gilt es abzuwehren und bestehende Lücken zu schließen. Bagatellkündigungen wollen wir durch eine gesetzlich verankerte Abmahnungspflicht erschweren. Wie der Europäische Gerichtshof feststellte, werden junge Menschen im Kündigungsschutz unzulässig benachteiligt. Diese Diskriminierung muss ohne Nachteil für andere korrigiert werden.

Besonders ernst nehmen wir den Datenschutz am Arbeitsplatz. Er muss den veränderten Arbeitsabläufen in einer Informationsgesellschaft gerecht werden und insbesondere das Abhängigkeitsverhältnis der Beschäftigten berücksichtigen. Die Zeit der Datenschutzskandale muss endlich vorbei sein.



Arbeitnehmerrechte europaweit stärken

Die Arbeitnehmerrechte sind für die grüne Bundestagsfraktion ein unveräußerlicher Bestandteil des europäischen Wertekanons. Um diese Rechte europaweit zu erhalten und zu stärken, erwarten wir von der Bundesregierung bei Verhandlungen im Europäischen Rat einen klaren Kurs.

Die soziale Europäische Union, für die wir Grüne stehen, ist gleichbedeutend mit fairen Arbeitsbedingungen und einem Leben frei von Diskriminierung. Berufsabschlüsse müssen in ganz Europa gelten. Arbeitsrechtliche Mindestanforderungen müssen Standard werden, ebenso das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“. Dazu braucht auch Deutschland Mindestlöhne und tarifliche Lösungen, denn wir sind eines der wenigen EU-Länder ohne einen wirksamen Schutz vor Armutslöhnen. Die sogenannte Entsende-Richtlinie ist zugunsten der Beschäftigten zu überarbeiten. Viele Unternehmen in der EU sind grenzüberschreitend aktiv und global vernetzt. Sie operieren und entscheiden über Staatsgrenzen hinweg. Deswegen wollen wir die Europäischen Betriebsräte stärken und die grenzüberschreitende Mitbestimmung zum Kernstück des europäischen Sozialmodells machen.

Noch Fragen?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Beate Müller-Gemmeke MdB,

Sprecherin für Arbeitnehmerrechte

Brigitte Pothmer MdB, Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik

Arbeitskreis 1: Wirtschaft und Soziales

T. 030/227 56789, F. 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de

Bundestagsdrucksachen:

17/5235 Integration Älterer in den Arbeitsmarkt verbessern

17/4437 Tarifvertragssystem stärken

17/4435 Mindestlohngesetz (Entwurf)

17/551 Zeitarbeitsbranche regulieren, Missbrauch bekämpfen

Links:

www.gruene-bundestag.de » Themen A-Z » Arbeit

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Impressum:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Gestaltung: Jakina U. Wesselmann

Stand: September 2011

Schutzgebühr: 0,05 €